

## 5 Investitionszuschüsse für moderne Kraftwerke in NRW – Keine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke außerhalb von NRW

Eilantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/9940

Entschließungsantrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/9954

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 5. Oktober 2009 fristgerecht den Eilantrag zu dem Thema eingebracht. Ich eröffne die Beratung und gebe Herrn Stinka von der SPD-Fraktion das Wort.

**André Stinka** (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nordrhein-Westfalen war in Deutschland oft Vorreiter. So sind wir schon seit Jahrzehnten aus der Atomenergie ausgestiegen. Das Risiko ist zu groß, eine Endlagerung des dabei entstehenden Mülls ist nahezu unmöglich. Weitere Gründe haben wir hier häufig ausgetauscht. Aber

**Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt**  
**Nicht zitierfähig!**

eines ist uns Sozialdemokraten ganz wichtig: NRW ist gerade wegen des Atomausstiegs das führende Energie- und Industrieland in Deutschland geworden und über viele Jahrzehnte geblieben.

Es war gut, dass wir uns bei diesen Fragen auf heimische Energieträger konzentriert haben, auf Braunkohle, Steinkohle und auf einen immer stärker werdenden Anteil erneuerbarer Energien. Öl, Gas und auch Uran sind dagegen nicht heimisch und sind endlich, wie wir nicht zuletzt in der Enquetekommission feststellen konnten.

Wir müssen nun zusehen, dass wir auch in Zukunft mit den Energieträgern richtig umgehen. Das Allerletzte, was wir in dieser Diskussion brauchen können, ist eine Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken. Eine Laufzeitverlängerung von Atommeilern außerhalb Nordrhein-Westfalens sichert hier in Nordrhein-Westfalen - darüber haben wir heute Morgen ausgiebig gesprochen; ich erinnere an Herrn Wittke - keinen einzigen Arbeitsplatz. Allerdings würde der Wettbewerb in der Energiewirtschaft massiv verzerrt. Neue Marktteilnehmer wie zum Beispiel kleine Stadtwerke würden in ihrer Existenz bedroht. Der weitere Ausbau erneuerbarer Energien würde massiv behindert, wie es das Beispiel England zeigt, wo die Kraftwerksbetreiber Sorge haben, wenn zu viel Windkraft eingespeist wird.

Kolleginnen und Kollegen, erneuerbare Energien und Spartechniken, über die wir viel gesprochen haben, haben in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren für viele tausend Arbeitsplätze gesorgt. Die Umsätze der Unternehmen sind in diesen Branchen stark gestiegen. Das ist eine unverzichtbare Stütze des Mittelstandes und sichert Arbeitsplätze, über die heute Morgen von der Regierungsseite viel lamentiert wurde. Hier agieren Mittelständlern, keine Großkonzerne.

Statt also Atomkraft außerhalb Nordrhein-Westfalens zu fördern, brauchen wir ein Investitionsprogramm aus den Einnahmen des Emissionshandels. Das fordern wir bekanntlich nicht zum ersten Mal ein. Es ist aber aktueller denn je, denn aufgrund der stark gestiegenen Kraftwerkskosten werden derzeit viele Investitionen in neue Kraftwerke ausgesetzt und verschoben. Eine Vielzahl völlig veralteter, ineffizienter Kraftwerke bleibt nun länger am Netz.

Herr Brockes hat heute Morgen deutlich gemacht, dass wir Erneuerung brauchen. Wir brauchen sie gerade dadurch, dass wir nicht den Markt stärken, indem wir weiter Atomstrom einbringen. Wer angesichts dessen noch an unserer industriepolitischen Kompetenz zweifelt, wird sehen, dass wir den Ausbau tatsächlich wollen, statt nur darüber zu schwadronieren, Herr Brockes. Das sei ganz klar gesagt.

(Beifall von der SPD)

Besonders wichtig ist es, jetzt dafür zu sorgen, dass es keine Laufzeitverlängerung gibt. Der Ministerpräsident, der an den Koalitionsverhandlungen in Berlin teilnimmt, muss sich dafür einsetzen und unmissverständlich klarstellen, dass das Energieland Nordrhein-Westfalen einem Ausstieg aus dem Ausstieg nicht zustimmen kann, weil das gegen Landesinteressen steht.

(Beifall von der SPD)

Er muss sich auch dafür einsetzen, dass die Erlöse aus der Vollversteigerung des Emissionshandels für einen Investitionszuschuss in Höhe von bis zu 15 % für hocheffiziente Kraftwerke - das ist unser industriepolitisches Ziel, Kolleginnen und Kollegen - verwendet wer-

**Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt**  
**Nicht zitierfähig!**

den, wie wir es bereits im letzten Jahr gefordert haben und Sigmar Gabriel es zugesagt hat. Die neue Bundesregierung darf sich diesem Plan nicht entgegenstellen.

Die Erlöse aus dem Emissionshandel, die zu 44 % aus Nordrhein-Westfalen stammen, dürfen eben nicht in Neubausanierungen und Wärmesaniierungen bei Herrn Oettinger in Baden-Württemberg verwandt werden, sondern hier. Das hilft den Menschen hier bei den Nebenkosten und in der mittelständischen Politik.

Geld aus NRW muss auch in NRW genutzt werden, um der Industrie und unserer Energieversorgung eine zukunftsweisende Option aufzuzeigen. Das ist im Interesse des Mittelstandes und im Interesse von Nordrhein-Westfalen. Keine Laufzeitverlängerung! Das ist auch der Unterschied zu Ihrer heißen Luft, die Sie hier ablassen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Keine Ahnung vom Mittelstand!)

- Nein, Herr Brockes, Sie sind geradezu prädestiniert dafür, mir keine Ahnung vorzuwerfen. Ihr lichter Faden in der Energiepolitik sollte bei den Koalitionsverhandlungen besser nicht einfließen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Weil es um Landesinteressen geht, bitte ich um die Unterstützung unseres Eilantrags. Das dient dem Interesse Nordrhein-Westfalens, stärkt die Stadtwerke, ist gut für den Klimaschutz und tut tatsächlich etwas für Arbeitsplätze im Mittelstand und in der Großindustrie. - Schönen Dank.

(Beifall von der SPD)